

gerwelle, und gefunden werden. Wohl mit dem zehige Pferde, Drafen, Anti- organen ähnlich fagenhaft an- iet von fagen- ens, bis eins önn See, on ige Vögel um- auf dem sich us tummelten, ihren heißen überschütteten in Tierwelt im sich ohne das ellung machen. annten Werk- und dieses felt- Oldowaymen- itsgeschichte in her ausgemalt der bei weitem eines wahren

fagen, das sei de! Denn wie wunderfamen gehört habe? ieg mit seinem amen Oldoway erschütternden nehmen konnte. ht weniger als, das Rätsel der el nicht erreich- n, daß der deut- englischen Ar- der Sehnacht undstellen noch keit neue Ent- e Feststellungen sein — wie jegaussichtsreicher bligen Dunstes, ist, ist gerissen, e Ahnung eines hätten träumen nen recht, wenn ition im Jahre schucht des Ur- ehe Schlüsse die ziehe, Oldoway Fundstätte des esen Problemen der über seinen en Blick zurück- hm, die zu ent- Erfolg bemüht

ohenfolms.

der Auf nach das Wirken des Werden eines en, die sich ver- um und die all- kium bestimmen auf auf allen, einschaft das ver- ingelisches Wesen edarf die heranz- r Vorbereitung, er einen Aufent- ste an deutschem Lebens im Sinne d mo die jungen n Aufgaben der Vorbereitungszeit age Mädchen sich obder ob sein Auf- au, in Haus und Heimvolkshoch- acht, junge Mäd- en sie in gemein- Quellen deutschen irt werden.

enfolms befindet schoschule. Die das bergige Land wald und Vogels- men die Zeit, die nicht nur zu den ssen auch um den en ausging. Am im volkshoch- eimonatiger Lehr- bis 25 Jahren. eimvolkshochschule

nd Weltpolitik: Dr. Bethel. Aufschriften ach 28. Für Geld- „Aufwärts“, Christ- ruf 3911/3919, Amt- stalt Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und vierteljährlich 3.75, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 6777.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 6777.

Nr. 217.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 13. Oktober 1933.

15. Jahrgang.

Sei unbetört und unverstört!
Was zu des Lebens Glück gehört,
das hat dir Gott gegeben;
und was er dir nicht gab, gehört,
o glaub es, nicht zum Leben.

Friedrich Rückert.

Abrüstungs-Gleichberechtigung — Sicherheit.

Von Atlanticus.

Am 16. Oktober soll die Abrüstungskonferenz ihre vor Monaten unterbrochene Tätigkeit wieder aufnehmen. Damals hoffte man bereits zu einem Ergebnis zu kommen, um so der Weltwirtschaftskonferenz einen guten Auftakt zu verschaffen. Es kam ganz anders, und letztere hatte ein fangs- und klangloses Ende, vielleicht eben darum, weil sich auf der Abrüstungskonferenz nicht einmal moralische Abrüstung gezeigt hatte. Die Weltatmosphäre von heute ist noch viel weniger mit gut Wetter geladen als vor Monaten; man braucht ja nur an den pazifischen Fragenkomplex zu denken, um das zu verstehen.

Nun hat in den letzten Wochen ein recht lebhaftes Verhandeln hin und her eingesetzt, ganz ausgesprochen zu dem Zweck, Deutschland in die Ecke zu manövrieren. Man hat in London vorgearbeitet, man hat in Paris verhandelt und die Unterhändler nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, ohne freilich mehr zu erreichen, als unverbindliche Zusagen freundlicher Unterstützung der Wünsche Frankreichs bis — zu einem gewissen Punkt. Auf diesen „gewissen Punkt“ aber kommt es Frankreich an, nämlich unter Außerachtlassung der Deutschland zuerkannten Gleichberechtigung ein Kontrollsystem zu errichten, das einzig und allein Deutschland treffen würde. Irgendwelche Gegenleistung aber, auch nur den bescheidensten Grad von wirklicher Abrüstung, soll es nicht geben. Da nun in Paris eine Bindung der Engländer und Amerikaner an die französische These nicht zu erreichen war, trotz aller noch so geschickt inszenierten Pressenache, hat man in Genf während der Völkerbundstagung weiter hin und her gehandelt und geseilt; schließlich aber ist man auseinandergegangen, ohne jedes Resultat. Die Vorbereitung der demnächstigen Verhandlungen ist gründlich mißglückt, es ist alles noch verwickelter, noch aussichtsloser und hoffnungsloser geworden.

Der ehrliche Beurteiler muß allerdings zugeben, daß ein anderes Ergebnis auch gar nicht zu erwarten wäre, selbst dann nicht, wenn die wahren Beherrscher Frankreichs, die Rüstungsindustrie und der Generalstab, mehr Einsicht und Ueberlegung an den Tag legen würden. Die Berge vollgedruckten Papiers über die Abrüstungsangelegenheit und die Verhandlungen zu zweit und zu dritt während der letzten Wochen beweisen einzig und allein, daß Deutschlands Gegenspieler gar nicht an ehrliches Verhandeln über die Abrüstung denken, sondern nur über das beste Manöver, um die Schuld an dem höchstwahrscheinlichen Zusammenbruch der Konferenz von sich abzuwälzen und Deutschland zuzuschreiben.

Nun weiß aber in Wahrheit jeder politische Analphabet nachgerade ganz genau, daß es einzig und allein die französischen Machthaber sind, die das ganze Abrüstungs-geschäft sabotieren. Es ist außerdem doch wohl gänzlich falsch getippt, wenn man Deutschland mit dem Hinweis auf die „Weltmeinung“ graulich machen zu können glaubt. Gewiß, wir haben den französischen militärischen Machtmitteln herzlich wenig entgegenzustellen, aber schließlich dürfte sich denn doch wohl ein französisches gewaltiges Vorgehen etwas anders entwickeln, als ein „militärischer Spaziergang“. Vierzehn Jahre lang ist nur das Ausland daran gewöhnt worden, daß Deutschland jedes Druckmittel nachgab, besonders unter der außenpolitischen Führung Stresemanns. Das Ausland kennt unsere militärische Ohnmacht und kann es sich nicht vorstellen, daß ein Volk, im Bewußtsein seiner militärischen Schwäche doch noch soviel Ehrgefühl aufzubringen vermag, um bei einem einmal ausgesprochenen Nein auch zu bleiben.

Nun hat aber Deutschland noch gar kein Nein gesprochen, sondern die Regierung des neuen Deutschland hat immer wieder ihren ehrlichen Willen zur Mitarbeit und zum Frieden erklärt. Sie hat in der Abrüstungsfrage äußerst wichtige und für Deutschlands Sicherheit schwerwiegende Zugeständnisse gemacht. Es ist tatsächlich ein großes Entgegenkommen, wenn Deutschland bereit ist, seine Reichswehr in der bisherigen Form zu zerlegen und dafür ein Milizsystem anzunehmen, wenn damit auch

eine Verdoppelung der Kriegerzahl verbunden ist. Allerdings ist dieses Zugeständnis davon abhängig, daß auch die anderen, schwergerüsteten Staaten Ernst mit der Abrüstung machen, zu der sie laut Versailles Vertrag verpflichtet sind. Es liegt eine ganz klare Rechtslage vor, über die es eigentlich gar kein Verhandeln mehr zu geben brauchte. Der MacDonaldsche Vorschlag könnte bei einigermaßen gutem Willen schnell in die Tat umgesetzt werden. Dieser gute Wille ist aber bei keinem der zur Abrüstung verpflichteten Staaten vorhanden, mit alleiniger Ausnahme von Italien. Es würde bei einer gleichmäßigen Abrüstung nur an Sicherheit gewinnen.

Sicherheit! Welcher Staat braucht sie wohl mehr als Deutschland, das schutzlos inmitten eines Ringes von starkgerüsteten Gegnern liegt, die nur auf das Signal zum Ueberfall warten. Da aber zeigt sich, daß alle diese hochgerüsteten Staaten um ihre Sicherheit besorgt sind, als wenn sie völlig schutzlos jedem Angriff preisgegeben wären. Kürzlich ist an dieser Stelle über das gewaltige Festungssystem geschrieben, das sich Frankreich an seiner Ostgrenze geschaffen hat. Wer vermag angesichts dieses gewaltigen Grenzschutzes wohl daran zu glauben, daß Frankreich nicht gesichert sei? Und doch ertönt immer wieder das Geschrei nach Sicherheit in Frankreich. Aus „Sicherheitsgründen“ bauen Japan, die Vereinigten Staaten und England ihre maritimen Machtmittel aus. Damit geben sie aber Frankreich das Stichwort zur Aufrüstung und zur absoluten Verweigerung einer auch nur bescheidenen Abrüstung.

Aus diesem Grunde hatte sich der britische Premierminister MacDonald direkt an den Präsidenten Roosevelt mit der Bitte gewandt, doch die Ausführung des neuen amerikanischen Schiffbauprogramms bis nach der Abrüstungskonferenz zu verschieben. Die Antwort war: „Die Regierung der Vereinigten Staaten wird ihr in Ausführung befindliches Flottenbauprogramm nicht verschie-

ben.“ Gründe werden nicht angeführt, sie liegen auf der Hand. Da Japan rüstet, muß Amerika rüsten, und England demzufolge auch. Die Entwicklung der Verhältnisse im Fernen Osten ist auch nicht dazu angetan, ehrlichen Abrüstungswillen aufkommen zu lassen. Es wäre Selbstmord, wenn Japan nicht das täte, was es zu seiner Sicherung nötig hat. Amerika kann sich wiederum der Gefahr des Ueberranntwerdens ebensowenig aussetzen, wie England hinsichtlich seiner ostasiatischen und pazifischen Interessen. Es zeigt sich wieder einmal, daß die Verhältnisse stärker sind als der menschliche Wille. Natürlich ist Europa als solches noch nicht in Mitleidenschaft gezogen. Es hat nicht nötig, sich auch noch in Schwierigkeiten zu stürzen, aber wer so urteilt, kennt die Mentalität der Franzosen schlecht, nicht die der Masse des französischen Volkes, aber der Machthaber. Sie halten jetzt ihre Zeit für gekommen. Sie sind der Meinung, daß, wenn sie jetzt nicht das alte französische Machtziel durchsetzen, es für alle Zeiten zu spät dazu sein wird. Sie wollen nicht einsehen, daß sie nie und nimmer auf diese aggressive Weise es erreichen können u. werden, sondern daß es im Interesse aller Völker Europas liegt, sich aus jedem Zusammenstoß herauszuhalten, der sich irgendwo in der Welt anbahnt. Vor allen Dingen aber wird es nie gelingen, dieses Frankreich davon zu überzeugen, daß es durch aufrichtige und ehrliche Zusammenarbeit mit Deutschland nur gewinnen kann.

Deutschland muß sich damit abfinden, daß dem so ist. Es muß bereit sein, die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen, wenn sich in einigen Wochen herausstellt, daß man in Genf nach wie vor nur bereit ist, Deutschlands Gleichberechtigung und Sicherheitsbedürfnis ebenso zu vernachlässigen, wie seinen Anspruch auf die Abrüstung der anderen. Deutschland hat getan, was es konnte, die Atmosphäre der Spannungen zu entladen, mehr zu tun ist ihm nicht möglich.

Der freie Bauer auf freier Scholle

Das neue Reichserbhofgesetz und die Stein-Hardenbergische Bauernbefreiung.

Man tut immer gut daran, zu versuchen, gegenwärtiges Geschehen aus der Geschichte zu verstehen, und den Maßstab zu seiner Beurteilung aus der geschichtlichen Vergangenheit zu entnehmen. Denn das Urteil der Geschichte ist unbestechlich. Um lebendige Gegenwart zu gestalten, muß man die lebensfähigen und lebenskräftigen Reime der Geschichte kennen, um aus ihnen das neue Werden sich entwickeln zu lassen.

Die heutige Zeit geht in ihrem Werden und Gestalten vielfach auf Anfänge und Anfänge zurück, wie sie die ersten Jahrzehnte im vorigen Jahrhundert hervorgebracht haben. Das Zeitalter des Liberalismus und der Demokratie gilt als überwunden; der heiß erkämpfte und lange umstrittene Parlamentarismus ist als Irrweg abgetan. Man kennt wieder lebendige Volksführung und ist aufgerufen, dieser Führung mit Vertrauen zu begegnen, sich wirklich führen und regieren zu lassen. Das erinnert an die Zeiten eines Stein und Hardenberg, die gleicherweise am Anfang des vorigen Jahrhunderts echtes Führertum zu verwirklichen suchten.

An das Wirken des Freiherrn vom Stein erinnert auch heute sonst vieles. Viele Gesetze und Verordnungen der Regierung Hitlers knüpfen direkt an das an, was damals angefangen wurde und suchen es zu Ende zu führen. Das gilt in vorwiegendem Maße von dem neuen Erbhofgesetz, das in diesen Tagen veröffentlicht wurde und das die Stein-Hardenbergische Bauernbefreiung vom Jahre 1808 und 1810 weiterführt und vollendet.

Das gilt zunächst hinsichtlich der äußeren und inneren Gründe, die zu dieser Maßnahme führten. Preußen war damals ein geschlagener und besiegter, ja nahezu vernichteter Staat. Es galt, seine Erhebung und Befreiung, damit aber seine wirkliche Erneuerung vorzubereiten. Sollte das große Werk gelingen, dann mußte das Volk selber gewonnen werden, es mußte mit seinem König und dessen Helfern das große Werk schaffen. Das war aber nicht möglich, solange der größere Teil des Volkes von einer kleinen bevorzugten Oberschicht hevorgerufen wurde. Diesem sich in jeder Weise in seiner Abhängigkeit befindenden Zustande sollten die großen weitsehenden Maßnahmen des Freiherrn vom Stein aus dem Jahre 1808, unter denen die große Befreiung des Bauernstandes an erster Stelle zu nennen ist, ein Ende bereiten, indem sie das freie, mündige Volk schufen, das sein Schicksal selber in

die Hand nimmt und in wirklicher Verbundenheit mit seinen Führern seine Zukunft zu gestalten sucht.

Die Bauernbefreiung gliedert sich nun in zwei verschiedene Abschnitte. Am 9. Oktober 1807 erschien die Verordnung des Freiherrn vom Stein, die die Erbuntertänigkeit grundsätzlich aufhob und den freien Gebrauch des Grundeigentums anordnete. „Etwa zwei Drittel des Volkes gewannen die unbeschränkte persönliche Freiheit. Am Martinitage 1810 sollte es nur noch freie Leute in Preußen geben.“ So schreibt Heinrich von Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts.“ Damit war also auch die alte Ständeordnung des Mittelalters grundsätzlich zerfallen. Gewerbe- und Berufsfreiheit waren damit geschaffen.

Aber der Weitblick eines Freiherrn vom Stein ging darüber weit hinaus. So sind bereits in seiner Gesetzgebung die wirklichen Ansätze dessen vorhanden, was heute neu geworden ist. Schon er wollte den bäuerlichen Grundbesitz davor schützen, zur Handelsware zu werden, die leicht veräußert werden und ihren Besitzer wechseln konnte. Darum verwehrte er den Rittergutsbesitzern einen leichten Verkauf der kleinen Bauernstellen und stellte damit den kleinen und mittleren bäuerlichen Besitz unter den besonderen Schutz des Staates. Eine Verdrängung des kleinen Grundbesitzes sollte auf alle Fälle verhindert werden. Denn damit wäre, so erkannte schon Stein, dem Staate die stärkste Stütze zerbrochen worden. Gleichzeitig gelang es aber auch, die Mehrzahl der Rittergüter den alten Besitzern zu erhalten, dadurch, daß Stein dem verschuldeten Großgrundbesitzer unter die Arme griff. So konnte mit der sozialen und kulturellen Hebung und Befreiung des Bauernstandes gleichzeitig sein Grundbesitz gegen jede leichtfertige Veräußerung geschützt werden. Ein innerlich gesund, stark und frei gewordener Bauernstand sollte gleichzeitig nach außen hin gegen Verfall und Untergang gesichert werden.

Diese Linie wurde nun, so scheint es, von Hardenberg — Steins Nachfolger, der nach dessen unfreiwilligem Abgang sein Erbe antrat — nicht ungebrochen weitergeführt. Hardenberg glaubte die Vollendung der bäuerlichen Freiheit erst darin zu sehen, daß er auch den Grundbesitz in die völlig freie unbeschränkte Verfügungsgewalt des einzelnen übergab. Das freie Recht der Veräußerung und der Teilung des angeerbten Landbesitzes wurde ohne jede

411

Städt. Bibliothek

S 839

Grenze zugestanden. Damit wurde zwar erreicht, daß der bäuerliche Mittel- und Kleinbesitz sich noch mehrte, daß noch mehr Besitzer von bäuerlichen Gütern, die bisher diesen Besitz nur etwa in Erbpacht besessen hatten, jetzt wirklich Eigentümer wurden. Auf der anderen Seite aber ging der Großgrundbesitz zurück, und es war die Gefahr gegeben, daß der Besitz an Grund und Boden immer mehr veräußert und aufgeteilt wurde und damit seines wahren Wertes verlustig ging. Das war eine Entwicklung, wie sie Stein selber nicht gewollt hatte. Lieber sollte der Boden äußerlich in der Hand der Großgrundbesitzer bleiben und der einzelne Bauer in einer gewissen Abhängigkeit von ihm seine Arbeit tun, als daß die Gefahr herausgeschworen wurde, daß der Acker zu einer leichten Verkaufsware würde, deren Wert niemand mehr recht zu schätzen wußte. Der eigentliche Gegner Hardenbergs aber, der kurmärkische Adelige Marwitz sah es kommen, daß der zwar aus der Erbuntertänigkeit entlassene deutsche Bauer bald die Kräfte eines ganz anderen Herren zu spüren bekommen. Das anonyme Kapital werde ihn in seine Abhängigkeit bringen und ihn vom Grund und Boden vertreiben, ja ihn zugrunde richten, denn jede neue Verschuldung mußte jetzt der Bauer mit einer immer neuen Veräußerung und Aufteilung teuer bezahlen.

Was Stein befürchtete und was Marwitz kommen sah, ist in den beiden nächsten Menschenaltern traurige Wirklichkeit geworden. Der bäuerliche Besitz ist genau so wie alle andern Wirtschaftswerte eine Kauf- und Handelsware geworden, deren Wert einzig und allein vom Stande der Devisen bestimmt wurde. Der Verzweiflungskampf des deutschen Bauern gegen eine ihn erdrückende wollende Schuldenlast, wie er in den letzten Jahren erlebt wurde, hat das vollumfänglich bewiesen.

Hier steht nun das mit dem neuen Reichserbhofgesetz zu schaffende neue deutsche Bauernrecht und seine Hilfe ein. Es gilt zu retten, was noch zu retten ist. Das von der neuen Führung des Volkes erlassene Gesetz knüpft an die Stein-Hardenbergische Neuordnung an. Besser gesagt: es sucht die Fehlentwicklung, die die Gesetzgebung Hardenbergs im Unterschied von der des Freiherrn vom Stein mit sich bringen und anbahnen mußte, zu umgehen und damit wieder an die gesunden weitschauenden Maßnahmen des letzteren anzuknüpfen. Das Eigentumsrecht, wie es Hardenberg auch auf den Boden übertrug, war lediglich liberal. Er schloß die Verantwortung des einzelnen für den ihm gleichsam nur anvertrauten, zu Lehen gegebenen Besitz aus. Jeder kann mit dem von den Vätern ererbten Gut oder Eigentum machen, was er will. Damit ist das Denken in Generationen, das sich Hineingestelltwerden in einen festen Familien- und Sippenzusammenhang preisgegeben. An die Stelle des altgermanischen, deutschen Eigentumbegriffes ist fremdes Recht und fremder Brauch getreten.

Hier sucht man sich im neuen Reichserbhofgesetz im Anschluß an das Wollen und Wirken des Freiherrn vom Stein wieder auf das alte, arteigene Recht zu besinnen. Alte deutsche Erbfolge soll gesichert, das Bauernrecht als Blutquelle des Volkes erhalten werden. Um dieses Ziel zu erreichen, will der Staat dafür einstehen, daß Bauernhöfe vor Ueberverschuldung geschützt, vor Zersplitterung im Erbfolge gesichert werden. Hier wird der Grund und Boden bewahrt herausgenommen aus der liberalistischen Wirtschaftsordnung, der Bauernstand wird zum zweiten Male befreit von der Herrschaft des anonymen Kapitals, wie sie bereits der alte Marwitz für ihn befürchtete. Der

Erbhof muß unbedingt in seiner Größe erhalten bleiben, er darf nicht im Erbfolge geteilt oder im Falle unverschuldeter Verschuldung veräußert werden. Nur der darf sich in Zukunft in Deutschland noch Bauer nennen, der einen Erbhof sein eigen nennt, der also wirklich verantwortlich an der Erhaltung des deutschen Bauernstandes mithilft. Diese Aufgabe aber stellt natürlich besondere Anforderungen an den Vertreter des deutschen Bauernstandes. Es ist eigentlich etwas Neues, daß hier ein Gesetz bestimmt, was man glaubt, vom deutschen Bauern fordern zu müssen. Natürlich muß er deutscher Abstammung sein. Nur so wird er imstande sein, sich in das deutsche Recht und deutsche Sitten zu finden. Nur so vermag er ein Bauernrecht zu erhalten, das eine Kraft- und Lebensquelle des deutschen Volkes ist. Er muß auch einen Hof ordnungsmäßig verwalten können, sonst darf ihm deutscher Besitz an Grund und Boden nicht anvertraut werden. Für eine Erbfolge, die den ungeteilten Fortbestand des Besitzes sicherstellt, deren Regelung sonst aber möglichst frei gelassen ist und die sich nach dem in der Gegend geltenden Brauch richten kann, ist Sorge zu tragen.

Hier ist also der Grundbesitz unter ein höheres Recht als das der freien Verfügung des einzelnen gestellt. Er untersteht dem Recht der Gesamtheit, des ganzen Volkes, das aus diesem Grunde sein Leben zieht. Nur der darf in Deutschland Bauer sein, der bereit und imstande ist, in der Verantwortung für das ganze Volk den ihm zugeteilten Anteil an Grund und Boden als ein anvertrautes Leben zu verwalten. Damit ist die Vollendung des Werkes des Freiherrn vom Stein erreicht, wie sie seiner Arbeit damals noch nicht beschieden war.

Die Umschuldung der Gemeinden

Preussische Richtlinien.

Zur Durchführung des Gemeindeumschuldungsgesetzes, dessen Ziel die Wiederherstellung der finanziellen Gesundheit der Gemeinden ist und das daneben die Stellung der Gemeinden als Auftraggeber wieder herstellen soll, haben nunmehr der preussische Ministerpräsident und der preussische Finanzminister gemeinsam an alle nachgeordneten Behörden der staatlichen und kommunalen Verwaltungen Richtlinien und Anweisungen gegeben.

Diese Richtlinien regeln zunächst den Anwendungsbereich des Umschuldungsgesetzes. Eine Umschuldung kommt nur in Betracht für Gemeinden und Gemeindeverbände, die mit kurzfristigen Inlandsschulden belastet sind.

Inlandsschulden sind diejenigen Verbindlichkeiten, die nicht unter das Kreditabkommen für deutsche öffentliche Schulden vom 1. 9. 1933 fallen. Kurzfristige Schulden sind solche Kapitalschulden, die bereits fällig geworden sind oder bis zum 31. 3. 1935 fällig werden. Es fallen unter das Gesetz auch mittel- und langfristige Schulden, die bereits fällig geworden sind oder bis zum 31. 3. 1935 fällig werden. Den kurzfristigen Schulden stehen gleich rückständige Steuerbeiträge, die die Gemeinden für Rechnung des Staates erhoben, jedoch bis zum Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht an den Staat abgeführt haben.

Andererseits öffentlich-rechtliche Forderungen, Lieferantenforderungen, Aufwertungsverbindlichkeiten und Kassenkredite fallen nicht unter die Umschuldung.

Die Umschuldung erfolgt durch den Umschuldungsverband; seine Geschäftsstelle befindet sich in der Preussischen Staatsbank (Seehandlung). Die Beteiligung an der Umschuldung setzt voraus, daß die Gemeinde dem Verband als Mitglied beitrifft.

Die Beitrittserklärung ist hinsichtlich der bis zum 31. 1. 1934 fällig werdenden Verbindlichkeiten binnen sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes dem Umschuldungsverband mitzuteilen.

Die Genehmigung wird von dem Minister des Innern nur dann erteilt werden, wenn ohne Umschuldung die Aufrechterhaltung des Schuldendienstes nicht gewährleistet ist. Wenn die umschuldungsfähigen Verbindlichkeiten einer Gemeinde insgesamt weniger als 5000 Reichsmark betragen, wird die Genehmigung regelmäßig verweigert werden.

Nach Erwerb der Mitgliedschaft beim Umschuldungsverband kann die Gemeinde jedem inländischen Gläubiger einer kurzzeit des Inkrafttretens des Umschuldungsgesetzes bestehenden kurzfristigen Forderung die Umwandlung der Forderung in Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes anbieten.

Der Gläubiger hat die Möglichkeit, das Angebot anzunehmen oder abzulehnen. Während im Falle der Ablehnung des Angebotes durch den Gläubiger eine Umschuldung nicht erfolgt, findet im Falle der Annahme des Angebotes eine Umschuldung nach Grundsätzen statt, die u. a. besagen: Der Gläubiger erwirbt mit der Annahme des Angebotes gegen den Umschuldungsverband einen Anspruch auf Aushandigung von Schuldverschreibungen in Höhe des Nennbetrages seiner umzuschuldenden Forderung.

Der Umschuldungsverband gibt für die umzuschuldenden Forderungen mit 4 v. H. jährlich verzinsliche, mindestens 20 Jahre laufende tilgbare Schuldverschreibungen auf den Inhaber aus, die zum Nennwerte ausgegeben werden und vom Umschuldungsgläubiger bei Aufstellung kaufmännischer Bilanz zum Nennwert eingezahlt werden dürfen. Jedes Verbandsmitglied hat seine umgeschuldeten Verbindlichkeiten mit 4 v. H. zu verzinsen und vom 1. 10. 1935 ab mit 3 v. H. jährlich zusätzlich der erparten Zinsen zu tilgen.

Die Umschuldung der kurzfristigen Verbindlichkeiten der Gemeinden ist eine Maßnahme, die der

Wiederherstellung der Finanzkraft und auch des Kredites der Gemeinden

dient. Außer der haushaltsmäßigen Entlastung der Gemeinden bedarf es zur Erreichung dieses Zieles weiter der Stärkung und Beruhigung des kommunalen Kreditmarktes.

Aus diesem Grunde ist den Gemeinden bis zum 31. 3. 1935 die Aufnahme neuer Darlehen unterlagert. (§ 13 des Reichsgesetzes.) Dieses Verbot gilt nicht nur für die Gemeinden, die an der Umschuldung beteiligt sind, sondern für sämtliche Gemeinden.

Von dem Verbot werden nicht betroffen: 1. Darlehen, die auf Grund von Reichs- oder Landesgesetzen bereitgestellt werden, 2. Kassenkredite, 3. Darlehensverlängerungen.

SS-Gruppe Ost unter neuer Führung

Berlin, 12. Oktober.

Die Uebergabe der SS-Gruppe Ost an ihren neuen Führer, SS-Gruppenführer Dietrich, ist nunmehr erfolgt. Gruppenführer Daluge nahm in einer kurzen Ansprache von seinen bisherigen Mitarbeitern Abschied. Alsdann ließ sich SS-Gruppenführer Dietrich die Mitarbeiter des Stabes der SS-Gruppe Ost durch Stabsführer Taubert vorstellen.

Die Reichsautobahnen

In Richtigstellung von Falschmeldungen über die angelegte Linienführung der Reichsautobahnen wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß die Linienführung der Autobahnen einzig und allein vom Generalinspekteur für die Reichsautobahnen bestimmt wird. Gegenwärtig sind folgende Strecken geplant: 1. Frankfurt-Mai-Mannheim; 2. Köln-Düsseldorf; 3. München-Salzburg; 4. Berlin-Stettin. Die Linienführung bei diesen Projekten ist bisher lediglich für die Strecken Frankfurt-Main-Mannheim und München-Salzburg festgelegt.

Kaiserin Auguste Viktoria als Hausfrau.

Zu ihrem 75. Geburtstag.

Am 11. April dieses Jahres waren 12 Jahre verflossen, seit aus Haus Doorn die Kunde vom Heimgang unserer geliebten Kaiserin die deutschen Lande durchstieß. Im ganzen Reich und überall im Ausland, wo Deutsche wohnen, wurden an jenem Tage die nach langer Verbannung wieder hervorgeholten schwarzweißroten Fahnen halbstoch gehißt, und in Stadt und Land ließen die Kirchenglocken ihre Trauerklage durch die Lüfte schwingen. Beim Trauergeläut des Berliner Domes zersprang, wie erinnerrich die

Glocke der Kaiserin

mit großem Beifall. Übermals stiegen die Fahnen auf Halbmast, als bald danach die hohe Verblichene im Antiken Tempel zu Potsdam ihre letzte Ruhestätte fand. Kein guter Deutscher wird jene wehmütigen Tage je vergessen, ebensowenig wie den Geburtstag der besten aller deutschen Frauen und Mütter, der, wie einst der seligen Königin Luise von Preußen, der Jammer um die Not und Schmach ihres geliebten Volkes das Herz gebrochen hat.

Am kommenden 22. Oktober würde Kaiserin Auguste Viktoria ihr 75. Lebensjahr vollendet haben, und da sei es mir gestattet, hier erstmalig eine kleine persönliche Erinnerung niederzuschreiben, die ich aus dem Jahre 1889 bewahre und die mir die Kaiserin als

echte deutsche Hausfrau und Schlossherrin

zeigte.

Die Schlosswache zieht auf.

Ich diente damals mein Freiwilligenjahr bei den Gardepionieren in Berlin, und es war nur wenige Tage vor dem Geburtstag des Kaisers. Unser Bataillon hatte an diesem Tage turnusgemäß die Schlosswache im alten Hohenzollernschloß an der Spree zu stellen. Aus allen fünf Kompagnien war die Wachmannschaft ausgesucht, und ich hatte den unglücklichen „Dusel“ gleich bei der ersten Ablösung den

Ehrenposten auf dem Prinz-Heinrich-Flur

zu beziehen, der zugleich den Zugang zu dem dort befindlichen Kron-Tresor zu überwachen hatte.

Links von mir befand sich eine Tür, die aus einem Seitengang auf dem Prinz-Heinrich-Flur führte, mir gegenüber eine schloßlose, sogenannte Schwingetür, die auf die Außengalerie des ersten Stocks im inneren Schloßhof mündete. Mein Standplatz war unmittelbar neben der ersten auf einer dicken, weichen Kokosmatte. Natürlich durfte ich mich, Gewehr unter dem Arm, frei bewegen; nur im Falle einer etwa notwendig werdenden Ehrenbezeugung hatte ich den Platz auf der erwähnten Matte einzunehmen. Ehrenbezeugungen wurden hier, wie in geschlossenen Räumen Vorschrift, nach alter friederizianischer Mode durch Ausstrecken des rechten Arms, Gewehrkolben auf dem Fußboden, erwiesen. Es herrschte ein fortwährendes Kommen und Gehen über die Flure, denn zahlreiche fürstliche Gäste wurden erwartet, und es galt die für diese bestimmten Gasträume dementsprechend einzurichten und auszustatten. War es doch der erste Geburtstag, den Wilhelm II. als junger deutscher Kaiser feiern sollte. Die rechts von mir gelegene Zimmerschlucht sollte der alte König Albert von Sachsen beziehen. Möbel, Gemälde, Bronzen, Porzellane und Palmen sowie andere Kübelpflanzen wurden von Soldaten und Bedienten hin und her geschleppt. Es war, als sollte das ganze Schloß auf den Kopf gestellt werden.

Ich schaute dem allen höchst interessiert zu, nur die fortwährende Zugluft beim Auf- und Zuliegen der verfluchten Schwingetür war mir bei der Kälte, die schon herrschte, recht unangenehm.

Durch die Tür links betrat plötzlich ein älterer Herr in schwarzem Bratenrock, ein goldenes Ketten mit kleinen klingelnden Orden am Rockaufschlag den Prinz-Heinrich-Flur und pflanzte sich vor mir auf.

„Alta“, dachte ich, „gewiß der Herr

Hof- oder gar Oberhofmarschall.“

„Aeh-äh, Einjähriger, also —

Ihre Majestät die Kaiserin

wird gleich hier vorbeikommen. Wollte sie nur vorbeireiten.“

„Em, eigentlich ein ganz netter Kerl“, dachte ich. Aber schon war er wieder verschwunden. Ich hörte ihn noch,

ganz Würde und Haltung, mit naseinander Stimme die Dekonomiehandwerker in den Nebenräumen anfeuern.

Weniges später höre ich, ebenfalls von links her, Stimmen und Schritte, faßte auf der Matte Posto und hielt mich bereit. Schnell noch ein Stäubchen vom Ärmel gewischt. Nun konnte es losgehen.

Mit „hörbarem Ruck“, wie sich für einen schneidigen Soldaten geizt, schnellten Arm und Gewehr vorwärts, mächtig nach rechts, die Augen links.

Diesmal rückwärts, mehr tänzelnd als schreitend und sich fortwährend vorbeugend, zunächst wieder der freundliche Ziviliste. Dann aber —

die Kaiserin.

Ein schlichtes, dunkles Hauskleid, die kurze Schleppe leicht gerafft, umhüllte ihre schlanke Gestalt. Keine Handschuhe, kein Schmuck. Das schöne blonde Haar im Nacken zu einem einfachen Knoten geschlungen. So stand sie einen Augenblick still. Mir stockte der Herzschlag im Reibe. Die Kaiserin merkte die Zugluft. Mit einem anmutigen Neigen des Kopfes hatte sie meine Ehrenbezeugung entgegengenommen und wandte sich nun direkt zu mir mit der Frage:

„Können Sie das denn in dem Zug hier aushalten, Einjähriger! Das ist doch wohl recht ungemütlich, nicht wahr?“

Ich fühlte mein Gesicht anlaufen wie Ratschmojn. Mühte ich etwas sagen, die Frage beantworten? — Aber schon entthob sie mich meiner Verlegenheit, indem sie dem stetig dienenden Herrn Hofmarschall aufgab, Sorge zu tragen, daß die Schwingetür sofort ein Schloß erhalte und eine Portiere davor angebracht werden solle.

„Zu Befehl, Majestät, soll eiligst besorgt werden.“ Mich wunderte, daß der Ärmste von den vielen Büchlingen nicht schon längst einen ganz krummen Buckel hatte.

Die Kaiserin nickte mir noch einmal huldvoll zu, dann schritt sie weiter; vor ihr her, immer im Krebengang, der alte glatte Höfling.

Der Kaiserin zur Linken schritt

die Hofdame vom Dienst:

Schwarzes Plüschkleid mit erheblich langer Schleppe,

Die Konsequenz
Botschafter Na
Generalberichtst
die mit seiner vor
den der Abstrich
am sich der engl
tliche Unterredun
gerten statt, der
begegnet wird.

Wie man hö
lungen der Groß
über die am engl
den Änderungen.
den Amerika eine
sen, daß der Versu
den Hauptpunkten
Wohnung zu stelle

Den wichtigste
legungen, die aus
Reichswehr hinfich
anderen Delegation
der überhaupt no
glaubt, daß eine
nung des im Ver
aber keine qua li
men können. Aus
Frage der U f t w
land bekanntlich 10
lich der anderen W
Deutschland bei ein
kommen muß, mei
unter keinen Ums
aufzuheben zugege
die anderen Mäch
die Frage stellen i
verhält.

Gerade in de
lo, daß eine Ein
schaffung nicht zu
land eine unanne
wenn etwa das T
fession überne
gerade aus der er
igen Staats Tral
im vorigen Jahr
leidigungswaffe zu

— Genf, 11. O
Mitwoch abend
Simon legte Re
Standpunkt dar,
mächte-Besprechu
sind die tiefehen
und der deutschen
ruch gekommen.

händlich an dem
festgehalten und
deutschen Forderu
worden, die direk

— Genf, 11. O
Simon, Paul-Bor
Seite der Eindru
wird, Deutschland

helle Glacehandse
potthütchen mit
gebenheit, aber
absichtstehenden
einem schwarzen
und in der rechte
Lage und Verteile
für die hohen Gd
rechts hörte ich si
eigenen Räumen
rola (der versto
sich schwedische
hier aufgestellt
viel Blumen, di
daron da.“

So hatte ich
treuwallenden B
les selbst anordn
mütlich und hei
auch ihr fürsorgl
lebt und war stol

Wie würden
ich es ihnen beri

Eines aber
Putzer Otto M
ten gestanden,

die aufg
diese selbst ober
eine

gehalten.

Als ich nach
renposten wieder
schall, diesmal
mit der ewig n
rer Arbeit an
mehr so weiche
lichen Hausfrau
für immer heli

Trübe Aussichten in Genf

Nadolny bei Simon — Deutschland soll wehrlos bleiben

Die Konsequenzen der Umwandlung der Reichswehr.

Botschafter Nadolny hatte eine Unterredung mit dem Generalberichterstatter der Abrüstungskonferenz, Dr. Benesch, die mit seiner vorangegangenen Unterredung mit dem Präsidenten der englischen Delegation in Zusammenhang stand. Im Sitz der englischen Delegation fand eine fast zweistündige Unterredung zwischen dem amerikanischen Hauptdelegierten statt, der in beteiligten Kreisen große Bedeutung beigemessen wird.

Wie man hört, handelt es sich bei den letzten Besprechungen der Großmächte hauptsächlich um die Verständigung über die am englischen Konventionsskizzen vorzunehmenden Änderungen. Obwohl zwischen Frankreich, England und Amerika eine Einigung nicht vorliegt, ist es zu erwarten, daß der Versuch gemacht werden wird, Deutschland in den Hauptpunkten vor die Frage der Annahme oder der Ablehnung zu stellen.

Den wichtigsten Diskussionsgegenstand bilden die Konsequenzen, die aus der vorgeschlagenen Umwandlung der Reichswehr hinsichtlich der Bewaffnung zu ziehen sind. Die anderen Delegationen haben sich mit dieser Frage entweder überhaupt noch nicht ernstlich beschäftigt, oder man glaubt, daß eine entsprechende quantitative Vermehrung des im Versailler Vertrag zugestandenen Materials, aber keine qualitativen Veränderungen in Frage kommen können. Ausführlicher erörtert wurde bisher nur die Frage der Luftwaffe, die im Versailler Vertrag Deutschland bekanntlich 100prozentig verboten ist. Während hinsichtlich der anderen Waffengattungen der Gedanke an das, was Deutschland bei einer Neuorganisation der Reichswehr bekommen muß, meist nicht zu Ende gedacht wird, scheint man unter keinen Umständen geneigt zu sein, Deutschland eine Luftwaffe zuzugestehen, und es besteht der Eindruck, daß die anderen Mächte Deutschland in möglichst kurzer Zeit vor die Frage stellen möchten, wie es sich zu diesem Kernpunkt verhält.

Gerade in der Luftwaffe liegen die Verhältnisse aber so, daß eine Einigung der anderen Mächte über die Abschaffung nicht zu erwarten ist und es deshalb für Deutschland eine unannehmbare Benachteiligung bedeuten würde, wenn etwa das Versailler Verbot in die neue Abrüstungskonvention übernommen werden sollte, nachdem sogar dem gerade aus der englischen Vormundschaft entlassenen arabischen Staat Irak bei seinem Eintritt in den Völkerbund im vorigen Jahr Flugzeuge als eine selbstverständliche Verteidigungswaffe zugebilligt worden sind.

— Genf, 11. Oktober. Botschafter Nadolny stattete am Mittwochabend Außenminister Simon einen Besuch ab. Simon legte Nadolny jedoch lediglich den englischen Standpunkt dar, ohne ihn über das Ergebnis der Dreimächte-Besprechung zu unterrichten. In der Unterredung sind die tiefgehenden Gegensätze zwischen der englischen und der deutschen Auffassung in aller Stärke zum Ausdruck gekommen. Auf deutscher Seite hat man selbstverständlich an dem grundsätzlichen deutschen Standpunkt festgehalten und von neuem die unabwiesbar berechtigten deutschen Forderungen geltend gemacht. Es ist vereinbart worden, die direkte Aussprache fortzusetzen.

— Genf, 11. Oktober. aus den Besprechungen zwischen Simon, Paul-Boncour und Davis hat sich auf deutscher Seite der Eindruck ergeben, daß wieder versucht werden wird, Deutschland in den Hauptpunkten vor die Annahme

heller Glaschandschuhe und auf dem Kopf ein kokettes Kaputzhütchen mit Federn und Spitzen. Auch sie ganz Ergebenheit, aber mit einem Stuch ins Gönnerhafte den absteigenden Bakken gegenüber. Die Kaiserin trug an einem schwarzen Samtband ein Schlüsselband am Gürtel und in der rechten Hand einen Zettel, auf dem wohl die Lage und Verteilung der verschiedenen Zimmerfluchten für die hohen Gäste aufgezeichnet war. Aus den Zimmern rechts hörte ich sie unter anderem anordnen, daß aus ihren eigenen Räumen die Marmorbüste der Königin Karola (der verstorbenen letzten Sprossin aus dem berühmten schwedischen Königshaus Waasa) herbeigeschafft und hier aufgestellt werden solle. „Und vor allem Blumen, viel Blumen, die der alte Herr so liebt; es sind ja genug davon da.“

So hatte ich nun unsere junge Kaiserin nicht nur als treuherzigen Hausgeist gesehen, der bis ins Kleinste alles selbst anordnete, um es den erwarteten Gästen so gemütlich und heimelig wie möglich zu machen; ich hatte auch ihr für sorgliches Walten für die frierenden Posten erlebt und war stolz auf dieses Erlebnis.

Wie würden meine Kameraden mich beneiden, wenn ich es ihnen berichten würde.

Eines aber war mir klar: Hätte statt meiner mein Butler Otto Nikolai, ein biederer Ostpreuße, dort Posten gestanden, er hätte sicherlich

die aufgetakelte Hofdame für die Kaiserin

diese selbst aber in seiner ländlichen Unschuld etwa für eine

Stütze aus Stallpöden

gehalten.

Als ich nach den üblichen vier Ruhestunden meinen Ehrenposten wieder bezog, kommandierte der Herr Hofmarschall, diesmal natürlich mit ladestodesteifem Buchel und mit der ewig näselnden Stimme, die Handwerker bei ihrer Arbeit an der bewußten Tür, durch die es nun nicht mehr so mehte und zog, dank der Fürsorge einer trefflichen Hausfrau und Landesmutter, deren Andenken wir für immer heilig und in Ehren halten wollen.

W. Sch,

oder Ablehnung zu stellen. Im Mittelpunkt der Besprechungen stand die Frage, ob Deutschland sofort nach dem Inkrafttreten des Abkommens die geforderten Verteidigungsmittel erhalten solle. Es sind verschiedene Kompromissvorschlüsse aufgetaucht, die der deutschen Regierung eine Annahme der gegnerischen Vorschläge erleichtern sollen. Insbesondere will man Deutschland die Zustimmung zur Aufrechterhaltung des Versailler Zustandes während der ersten Periode des Abrüstungsabkommens dadurch erleichtern, daß die bisher vorgesehene vierjährige Laufzeit auf 18 Monate bis zwei Jahre herabgesetzt wird. Deutschland soll nach Ablauf dieser Zeit seine Handlungsfreiheit gewinnen (?). In diese erste Periode ist jedoch die Kontrolle eingeschlossen, von deren Wirksamkeit Frankreich das Inkrafttreten des Abkommens abhängig macht. Auf das entscheidende lehnt man Deutschland die Einräumung einer Militärluftfahrt ab.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland keinesfalls einen zweiten Versailler Vertrag unterschreiben wird. Man will auf deutscher Seite über den zahlenmäßigen Umfang der Deutschland einzuräumenden Verteidigungsmittel mitbestimmen. Man weist darauf hin, daß selbst dem Irak Militärflugzeuge zugebilligt werden, die Deutschland verweigert werden. Es ist eine offene Diskriminierung des deutschen Volkes.

Es tritt immer deutlicher hervor, daß die englische Regierung die Führung im Kampf gegen Deutschland übernommen hat. In unterrichteten Kreisen herrscht der Eindruck, daß auf der Gegenseite noch keineswegs Übereinstimmung besteht (?).

Die Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz am Montag wird angesichts der völlig verworrenen Lage nur formale Bedeutung haben. Der Hauptausschuß wird sich voraussichtlich gleich nach seinem Zusammentritt auf eine Woche vertagen. Der Generalberichterstatter Benesch soll neben dem offiziell mit der Ausarbeitung von Abänderungsvorschlägen beauftragten Staatssekretär Eden mit der Vorlage neuer Vorschläge beschäftigt sein. Die Italiener haben zweifellos ihre taktische Haltung geändert, da der Widerstand gegen Frankreich aufgehört hat. In italienischen Kreisen scheint man nach wie vor an dem Gedanken der Einberufung der vier Mächte für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen festzuhalten.

Belgien erhöht Rüstungsausgaben

Beantragung zusätzlicher Kredite im Parlament.

Unter dem Vorbehalt des belgischen Königs beschloß der Ministerrat, zusätzliche Kredite in Höhe von etwa 750 Millionen im Parlament zu beantragen. Damit soll die Hochschule von Herze in Verteidigungszustand gesetzt, der Befestigungsgürtel an der luxemburgischen Grenze zu Ende geführt und die in den Ardennen liegende Brigade motorisiert werden. Der Rest soll für Ausgestaltung der Flugzeugabwehr, des Fliegerkorps, für Verstärkung der schweren Artillerie und für Munitionsvorräte verwendet werden.

Schließung des Völkerbundes

Die französische Entschließung nicht angenommen.

Die Herbstversammlung des Völkerbundes fand mit der Annahme der vorliegenden Berichte ihren Abschluß. Nicht angenommen wurde die französische Entschließung über den „Minderheiten“-Schutz, die ausschließlich auf die deutsche Judenfrage abgestellt war.

Nachdem der deutsche Vertreter, Gesandter von Keller, erklärt hatte, daß Deutschland in Übereinstimmung mit seinen Erklärungen im Politischen Ausschuß gegen diese Entschließung stimmen wird, stellte der Präsident fest, daß die Entschließung damit gescheitert ist, weil zu ihrer Verabschiedung Einstimmigkeit erforderlich gewesen wäre.

Angenommen wurde ein Entschließungsentwurf über die Unterbringung der deutschen Flüchtlinge, wonach ein vom Völkerbund unabhängiger Kommissar sowie ein Verwaltungsrat eingesetzt werden sollen. Bei der Abstimmung über diesen Entwurf enthielt sich der deutsche Vertreter der Stimme.

In seiner Schlussansprache betonte der Präsident noch, die Aufgabe des Völkerbundes sei es, die Zusammenarbeit starker und selbstbewusster Gemeinwesen zu organisieren und damit die Sicherheit, den Frieden und die gute Nachbarschaft zu fördern. Als Vertreter Südafrikas erwähnte er zu der Mandatsfrage, daß die Mandatsmächte der Verantwortung sich bewußt seien und eng mit der Mandatskommission des Völkerbundes zusammenarbeiten sollten.

Moskau

beharrt auf seinem Standpunkt.

— Moskau, 11. Oktober. Wie aus Moskau gemeldet wird, erklären russische amtliche Stellen, daß die am 9. Oktober veröffentlichten Ostbahndokumente entgegen den Erklärungen von japanischer Seite echt seien. Die japanische Regierung könne daher nicht verlangen, daß Rußland diese Dokumente als gefälscht bezeichne.

Städte-Spende für das Haus der deutschen Kunst. Der Deutsche Gemeindegast hatte zur Beteiligung an einer Jubiläumsspende nach München anlässlich des Tages der Deutschen Kunst ausgerufen. Auf Wunsch des Staatsministers Wagner wird nun von der Veranstaltung Abstand genommen. Die durch die Jubiläumsspende verursachten Ausgaben werden in namhafte Spenden für das Haus der deutschen Kunst umgewandelt werden.

Oesterreichs Befreiungskampf

Von Raimund Hainig,

Landespressesekretär der NSDAP, Oesterreichs.

Mit einer höchst verdächtigen Besslichkeit bemühen sich in Oesterreich Regierung, Behörden, Presse und Politiker des heutigen Systems immer wieder zu versichern, der Nationalsozialismus sei in Oesterreich rückgängig; ja nicht allzu selten hört man aus „berufenem“ Munde, der österreichische Nationalsozialismus sei überhaupt vernichtet.

Vorweg sei festgestellt, daß solche Behauptungen wider alles bessere Wissen aufgestellt werden. Das Volk selbst nimmt diese Behauptungen als schlechte Witze lachend zur Kenntnis; denn stündlich ereignen sich allerorts in Oesterreich Vorfälle, die das gerade Gegenteil bezeugen.

Wohl hat die Regierung Dollfuß bisher alles mögliche und unmögliche versucht, um die nationalsozialistische Freiheitsbewegung zu unterdrücken. Der Erfolg stand aber immer und ausschließlich auf Seiten der nationalsozialistischen Freiheitskämpfer. Diese Tatsache wird ja nachdrücklich bestätigt durch die hysterischen Handlungen der Exponenten des völkerräuberischen separatistischen Systems, das sich in seiner geradezu naiven Unverschämtheit die Bezeichnung „vaterländisch“ zugelegt hat.

Als vor sechs Monaten die ersten Verbote gegen die NSDAP herausgegeben wurden, setzte unmittelbar darauf als Antwort eine noch nie dagewesene Flut von Beitragsverpflichtungen zur NSDAP ein, die täglich die Zahl von tausend überschritt und an manchen Tagen sogar den Zehntausender erreichte. Das war die Antwort des Volkes auf die Schikanen des Dollfußsystems. Mit dem Verbot der Partei der Massenverhaftungen aller Führer und Unterführer vermeinte Fey, der Urheber allen Terrors, dem Nationalsozialismus den Garaus zu machen. Nachdem nun seit dem Verbot fast vier Monate ins Land gegangen sind, hat sich nur zweierlei geändert. Die soziale und wirtschaftliche Not des Volkes hat sich in geradezu erschreckender Weise verschärft, und die nationalsozialistische Freiheitsbewegung ist stärker und größer denn je!

Und während die Presse in Oesterreich alle diese Tatsachen unterstreichenden Nachrichten unterschlägt, bestätigen die Zeitungen im Ausland, wobei hervorgehoben sei, daß es vorwiegend sogar die Presse in England, Frankreich und Holland ist, das unaufhaltame Vorwärtsschreiten der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung.

Täglich werden hunderte Nationalsozialisten und als solche verdächtige Personen, Männer und Frauen, in die Gefängnisse eingeworfen. Tausende schmachten in den Kerker, weil sie verdächtig werden, als Befürworter zum Deutschum zu den Idealen der Nation. Täglich werden deutschbewusste Männer und Frauen von ihren Arbeitsstellen verjagt, fristlos entlassen, weil sie sich weigerten, der separatistischen „vaterländischen Front“ beizutreten. In letzter Zeit wurden sogar Kinder unter 16 Jahren, die das Lied der Deutschen und das Horst-Wessel-Lied sangen und pfeifen, oder mit „Heil Hitler“ grüßten eingesperrt. In den letzten vier Tagen wurden uns fünf solcher Fälle gemeldet.

Viele schon an Sadismus grenzende Verfolgungsmut der Behörden facht die verfolgten Kämpfer zu immer neuen Taten an, und so ereignen sich täglich neue Vorfälle, die den Herren Dollfuß und Fey mit einer nicht mehr abzuschätzenden Eindringlichkeit die Aktivität der nationalsozialistischen Bewegung beweisen, wie dies eben nur Kämpfer voll Opferbereitschaft und Widerstandswillen gepaart mit hohem Idealismus zustande bringen.

So trug sich an drei aufeinanderfolgenden Tagen in Wien selbst nachstehendes zu:

Mitten in der Großstadt, am Ufer des Donaukanals, nahe der Sophienbrücke, war plötzlich ein mächtiges Hakenkreuz, dessen Balken viereinhalb Meter maßen, in Brand geraten. Feuerwehr mußte herangezogen werden, die sich unter dem schadenfrohen Lachen tausender angelammelter Menschen damit abmühte, das Vernichtungswort zu vollbringen. Das Hakenkreuz hat trotz allem länger als eine halbe Stunde gebrannt, die Täter konnten nicht festgestellt werden.

Am Morgen darauf flatterte eine mächtige Hakenkreuzfahne von der elektrischen Hochspannungsleitung eines jüdischen Wiener Bezirkes. Zur Freude der gesamten Bevölkerung, die für solche Bravourstücke stets ein warmes Verständnis aufbringt, leuchtete das den Neu-Oesterreichern von Frankreichs Gnaden so verhasste Symbol stundenlang über der Straße, bis es endlich der Feuerwehr unter vieler Mühe gelang, das Tuch zu entfernen.

Eines schönen Nachmittags schwebte über den inneren Stadtbezirk Wiens einsam und majestätisch ein mächtiges Ballonhakenkreuz, das aus 160 Ballons gebildet war. In den Straßen stauten sich die Leute, an deren Gesichtern man die Freude erkennen konnte, während die Hüter der Ordnung tatenlos und ratlos zusehen mußten bis nach einiger Zeit dieses Zeichen des Freiheitswillens eines getrockneten Volkes in südöstlicher Richtung entwand.

Herr Dollfuß selbst und seine politische Umgebung bezeichnen sich immer als die Angegriffenen, als die — ach so unschuldigen! — Lämmer, während die gesamte jüdische Weltpresse ängstlich darauf bedacht ist, ja keinen Tag vorbeigehen zu lassen, an dem das gegenwärtige System nicht zum „Martyrer“ und seine Untaten nicht als „Rettungswerke“ für Oesterreichs Volk dargestellt werden. Das Volk aber, das in seiner überwiegenden Mehrheit anderer Meinung ist, und die Hunderttausende, die ihrem Unmut Ausdruck geben, die werden als Verbrecherpack, als die ewigen Ruhestörer und Terroristen bezeichnet. So wird die Welt irregeführt.

Die Wahrheit sieht anders aus! In fünfzehnjähriger Leidenszeit, in der dem deutschen Volke Oesterreichs nichts an Kummer, Sorge und Not erspart blieb, hat sich auch in diesem deutschen Volkstamm die Erkenntnis durchgerungen, als deren Träger heute im Reich die nationalsozialistische Bewegung eine bessere und schönere Zukunft formt. Die Feinde des deutschen Volkes verfolgten diese Entwicklung mit ängstlicher Aufmerksamkeit und fanden in denen, die gegen den Willen der Mehrheit des Volkes die Macht derzeit noch strupellos gebrauchten, willige Handlanger. Bundeskanzler Dollfuß hat der französischen Presse gegenüber offen erklärt, daß seine Politik mit den Interessen Frankreichs voll übereinstimmt! Dieses Geständnis sagt alles. Frankreichs Interesse ist das Gegenteil dessen, was dem deutschen Volke dient. Frankreich bedeutet Weltfinanz

und Tugendtum. Und die sind immer des deutschen Volkes Todfeinde gewesen. Die größte Schmach, die jedesmal einem deutschen Staatsmann widerfahren kann, ist der Beifall der Feinde, während die wahren Freunde und Volksgenossen eifrig schweigen. Der „rauschende“ Beifall, den Dollfuß nach seiner Rede in Genf seitens der Internationale erhielt, war der Dank der Feinde des deutschen Volkes für die Politik des Verrates am eigenen Volk!

Im Lande selbst hat das heutige System außer seinen Helfern und den vierhunderttausend Juden, einigen tausend alten Weibern und den marxistischen Bonzen keine Freunde.

Sechs Millionen Deutsche auf deutschem Boden kämpfen heute den Kampf um die Freiheit, um das Recht der Selbstbestimmung, um das Recht auf Arbeit und Brot. Märtyrer dieses heldischen Kampfes ist nicht der Tyrann, sondern sind die Zehntausende, die ihrer Ueberzeugung und ihres Idealismus wegen in den Kerker schickten, sind die hunderttausende Alten, denen Not und Hunger den Lebensabend trübt, ist die Jugend, die sich gegen das Sklavenjoch zur Wehr setzt!

Der Ausgang dieses Kampfes, den hier ein Volk um seine Freiheit, um seine Zukunft führt, ist heute schon gewiß. Das Recht steht auf der Seite des Volkes. Und einem Volk, das um sein Lebensrecht kämpft, dem hat der Herrgott noch immer den Sieg gegeben!

Dimitroff erneut ausgeschlossen

Polizeileutnant Latelt schildert sein Eingreifen

Auch die zweite Verhandlung des Reichsgerichts im Reichstagsgebäude gilt noch der Zeugenvernehmung über die Entdeckung des Brandes. Das Reichstagsgebäude selbst ist im Gegenlag zum Vortage durch eine Postenlinie abgesperrt, die nur mit einem Ausweis passiert werden kann. Bei der Vorführung der Angeklagten fällt das veränderte Aussehen von der Lubbe auf, der sauber frisiert worden ist. Gleich nach Eröffnung der Sitzung kommt es zu einem Zwischenfall. Als der Vorsitzende mitteilt, daß am Donnerstagabend ein Lokaltermin vor dem Reichstag stattfinden soll, will der Bulgare Dimitroff in seiner ungebührlichen Art eine Frage stellen.

Als die Frage abgelehnt wird, spricht Dimitroff weiter, so daß ihm der Vorsitzende das Wort entziehen muß. Aber selbst danach redet Dimitroff weiter und erklärt, „er sei hier nicht nur Angeklagter, sondern auch der Verteidiger Dimitroff“. Angesichts dieses frechen Benehmens wird Dimitroff durch Senatsbefehl wegen wiederholten Angehörigens gegen die Anordnungen des Vorsitzenden, insbesondere gegen die Anordnungen, durch die ihm das Wort entzogen ist, bis auf weiteres aus dem Sitzungssaal entfernt. Dimitroff wird darauf ins Gefängnis abgeführt.

Beim Verlassen des Gerichts übergibt er seinem Verteidiger ein Schriftstück mit dem Bemerkten, nun möchte er, der Verteidiger, diese Frage stellen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Leichert, erwidert dem Bulgaren darauf, darum hätte er früher ersuchen sollen.

Nach der Entfernung Dimitroffs wird dann der Führer der Polizeiwache am Brandenburger Tor,

Polizeileutnant Latelt,

vernommen. Zeuge erinnert zunächst daran, daß am Abend des Reichstagsbrandes im Sportpalast eine Versammlung der SPD. stattgefunden habe, die dann um 9 Uhr aufgelöst worden ist. Darauf sei erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet worden. Gegen 9.15 Uhr, so fährt Polizeileutnant Latelt fort, betrat ein junger Mann die Wache und teilte mit, daß im Reichstag ein Brand ausgebrochen sei. Wir fuhren schnell zum Reichstag.

Vor der Treppe bemerkte ich oben einen hellen Feuerchein, der 2½ bis 3 Meter hoch war. Ich ging hinauf. Der Wachmeister Bawert erstattete mir Meldung. Ich unterbrach ihn sofort und fragte, ob Feuermeldung erstattet sei. Als er das bejahte, sagte ich, es müsse sofort Großalarm gemeldet werden.

Auf weitere Fragen gibt der Zeuge an, daß er 9.15 Uhr die Meldung von dem Feuer bekommen habe. Sie seien mit sofortiger Geschwindigkeit zum Reichstag gefahren, und es könne sich nur um zwei Minuten gehandelt haben. Die Meldung sei also 9.17 Uhr erstattet worden.

Als wir an die große Wandelhalle kamen, sah ich hinter dem Denkmal einen Schein, und auch das Denkmal war etwas erleuchtet. Ich lief hin, und links von mir am Eingang zum Plenarsaal sah ich nun einen Feuerchein links und einen rechts. In der Mitte des Einganges lag ein brennendes Rissen. Rechts hing ein dicker Plüschvorhang, der von rechts nach links oben brannte. Auch auf der linken Seite gegenüber war ein solcher Vorhang, der höher brannte, ebenfalls schräg abwärts.

Auf eine Zwischenfrage des Vorsitzenden bemerkt der Polizeileutnant Latelt, der Mantel von der Lubbe sei so

sorgsam zusammengelegt gewesen, daß er ihn bei seinen ersten Vernehmungen als Rissen bezeichnet habe. Er habe nachher gehört, daß das vermeintliche brennende Rissen tatsächlich der zusammengelegte Mantel des Angeklagten war. Der Zeuge schildert dann, wie er in den Plenarsaal hineinkam. Der Fußboden sei noch dunkel gewesen, aber der Saal sei beleuchtet worden durch eine Art flammender Orgel, die sich über dem Präsidententisch erhob.

Brandstiftung, Pistolen raus!

In der Mitte brannte eine hohe Flamme in verhältnismäßig ruhigem Licht, rechts und links daneben züngelten kleinere, einzelflechtige Flammen empor, die wie leuchtende Orgelpfeifen wirkten. Alle diese Flammen vereinigten sich auf dem Präsidententisch zu einem zusammenhängenden Brandherd. Als ich das sah, war ich sofort im Bilde: Brandstiftung, Pistolen raus!

Rundgebung des Reichsbischofs

Reichsbischof Müller Schirmherr des gesamten Pfarrerstandes.

Der Reichsbischof veröffentlicht folgende Erklärung: „Sinnlose Gerüchte wollen wissen, daß demnächst eine Welle von Abhegungen und Verlegungen über die deutschen Pfarrer hereinbrechen werde. Insbesondere wird erwähnt, es seien alle diejenigen Pfarrer gefährdet, die nicht der Glaubensbewegung Deutsche Christen angehören.“

Ich erkläre dazu folgendes: Diese Gerüchte stellen eine außerordentlich böswillige Irreführung der öffentlichen Meinung dar. Was ich von den Pfarrern erwarte, ist die klare und vollkommene Verkündigung des reinen Evangeliums und die loyale Mitarbeit in der Deutschen Evangelischen Kirche. Ich werde niemals zulassen, daß irgend jemand einen Nachteil erleidet, nur weil er nicht „Deutscher Christ“ ist. Wir Deutschen Christen wollen keine Zwangsgruppe sein sondern Stützpunkt der Kirche werden.

Ich wiederhole, was ich in Wittenberg gesagt habe: „Der kirchenpolitische Kampf ist zu Ende. Der Kampf um die Seele des Volkes beginnt.“ So rufe ich alle Pfarrer auf: Stellt euch vertrauensvoll in diesen Kampf hinein! Das ist der beste Weg zur Einheit des Volkes und des Handelns!“

Auf dem Rückweg zum Portal V kam dem Zeugen bereits ein Feuerwehrmann entgegen; was die Zeit betreffe, sei er etwa 9.20 Uhr oder 9.22 Uhr am Plenarsaal angekommen. Die Rauchentwicklung sei außerordentlich groß gewesen. Da sei ein Käufer in Brand geraten, an anderer Stelle wieder ein Papierkorb. Nach Ansicht des Zeugen handelte es sich nicht so sehr um eigentliche Brandherde als vielmehr um kleinere Uebertragungen. Er habe nunmehr abhelfen lassen, um den Südfügel planmäßig zu durchsuchen. In der Wandelhalle habe er eine Sportmütze, einen Selbstbinder und ein Stück Seife gefunden.

Während dieser Vernehmung verharnte von der Lubbe in seiner gebückten Haltung. Da von der Lubbe einen Schnupfen hatte, und er, wenn ihm von den Verteidigern ein Taschentuch gereicht wurde, davon überhaupt keine Notiz nahm, putzte ihn schließlich sein Verteidiger die Nase.

Polizeileutnant Latelt schildert dann noch, wie ihm die Verhaftung von der Lubbe gemeldet wurde, und das Zusammenstreffen mit dem Verhafteten in der Wache am Brandenburger Tor. Ich fragte von der Lubbe, so fährt der Zeuge fort, ob die von mir gefundenen Sachen ihm gehörten. Von der Lubbe bejahte.

Lubbe wollte auch den Dom anzünden

Ich fragte ihn, ob er den Reichstag angesteckt habe. Darauf sagte er ja. Dann fragte ich ihn, ob es ihm, daß er auch das Schloß und den Dom in Brand stecken wollte. Darauf sagte er auch ja.

Vorsitzender: Von dem Plan, den Dom in Brand zu stecken, haben wir hier nichts gehört. Zeuge Latelt: Auf der Wache war mir das erzählt worden. Ich fragte den Angeklagten dann, warum er den Reichstag in Brand gesteckt habe. Darauf schweig er und lachte. Ich hatte den Eindruck, daß ich es mit einem Irrsinnigen zu tun hatte.

Der Zeuge war später einmal zugegen gewesen, als von der Lubbe mit einer Kommission im Reichstag war und den Brandweg noch einmal vorführen sollte. Von der Lubbe ging dabei mit einem solchen Tempo vor, daß die Beamten glaubten, er wolle entweichen, und nachstürzten.

Oberreichsanwalt: Der Zeuge hat bei seinem Rundgang überall Stoffreste herumliegen sehen. Waren das Stoffreste in größerem Umfang? Was für Stoffreste waren es, war es Brandmaterial? Zeuge: Papier war es nicht; es können verkohlte Reste von Tischdecken gewesen sein, es mögen etwa 20 bis 30 Stücke in der Größe eines halben Handtuchs gewesen sein. Oberreichsanwalt: Ist dem Zeugen bekannt, daß behauptet worden ist, im Reichstage sei zentnerweise Brandmaterial gefunden worden?

Zeuge: Wir haben alles genau durchsucht, auch die kleinsten Räume und sogar Schränke öffnen lassen. Wir haben nirgends etwas gefunden.

Gegen 11 Uhr abends am Brandtage, so bekundet der Zeuge dann noch, meldete sich bei ihm ein Ingenieur Bogun auf der Wache und teilte ihm mit, daß gegen 9.10 Uhr, als er vom Ingenieurhaus kam, aus dem Portal II ein Mann herausgekommen sei, der sich in Richtung Tiergarten entfernte. Bogun habe den Eindruck gehabt, daß dieser Mann mit dem Reichstagsbrand in Verbindung zu bringen sei.

Prof. Geheimrat Toffe von der Technischen Hochschule, der als Sachverständiger der Verhandlung beizuhilfen, richtet nun verschiedene Fragen an den Zeugen. Polizeileutnant Latelt erklärt darauf u. a., er halte es für unmöglich, in dunklen, unbekannten Räumen wie dem Reichstage mit erheblicher Geschwindigkeit vorwärts zu kommen.

Der Vorsitzende legt danach eine kurze Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärt Polizeileutnant Latelt auf Fragen des Oberreichsanwalts noch, er sei kurz vor 11 Uhr abgelöst worden. Bis zu diesem Zeitpunkt seien weder SA. noch SS. dagewesen. Damit ist also erneut eine Lücke widerlegt worden, die nämlich, daß von Anfang an SA. oder SS. zum Abperdient dagewesen sei.

Der Vorsitzende wendet sich nun an den Angeklagten von der Lubbe, der aufsteht, aber verharrend in seiner gebeugten Haltung, und fragt ihn: Sie haben die Aussagen des Zeugen Latelt gehört. Haben Sie dazu etwas zu erklären? Von der Lubbe nach längerem Zögern: Nein! Vorsitzender: War die Aussage so richtig? Von der Lubbe: Das kann ich nicht sagen.

Rechtsanwalt Dr. Saß versucht dann zu klären, ob Lubbes ständige Meinerung „das kann ich nicht sagen“, etwa bedeuten soll „das will ich nicht sagen“, doch scheitert das daran, daß von der Lubbe die Antwort verweigert.

Sofortiger Großalarm

In den weiteren Erörterungen stellt Branddirektor Wagner noch fest, daß der erste Alarm der Feuerwehr um 21.14 Uhr und der zweite 1 Minute später kam. Um 21.31 Uhr wurde bereits die zweite, um 21.42 Uhr die 15. Alarmstufe durchgegeben. Es ergibt sich also erneut, daß die Feuerwehr in kürzester Zeit alarmiert worden ist. Und auch damit ist wieder eine Lücke der Greuelheger widerlegt!

Zum Schluß der Sitzung wird noch der Zeuge Dr. Lepsius vernommen, der von der Lubbe am Tage nach dem Brande bei Abschreiten des Brandweges an jeder Brandstelle gefragt hat, wie er das Feuer angelegt habe. Von der Lubbe habe ausführlich und bereitwillig geantwortet. Nach dem Beweggrund gefragt, habe der Angeklagte erwidert, „die ganze Gesellschaft müsse vernichtet werden“. Als Zeuge in den Plenarsaal kam, habe er den Eindruck, daß von der Lubbe mit einer gewissen Befriedigung um sich sah. (1) Der Plenarsaal sei wohl dadurch in Brand geraten, habe von der Lubbe gemeint, weil das Feuer der Vorhänge sich nachher weiter ausgebreitet habe.

Lokaltermin vor dem Reichstag

Danach wird die Verhandlung auf Freitag verlagert. Wie der Vorsitzende dabei mitteilte, wird der Angeklagte Dimitroff, der immer neue Maßregelungen erzwinge, zu dem Lokaltermin am Donnerstagabend nicht zugelassen.

Raketenforscher Tiling†

— Osnabrück, 12. Oktober. Der Raketenforscher Tiling, der — wie wir gestern berichteten — bei einer Explosion in seinem Laboratorium schwere Verletzungen erlitt, ist inzwischen im Osnabrücker Krankenhaus gestorben. Auch seine Sekretärin, Angelika Buddenböhmer, ist ihren Verletzungen erlegen. Der Monteur Tilings befindet sich außer Lebensgefahr.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Donnerstag: Singekreis.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Zur Familienforschung,

Anliegen einer Familiendchronik, ist Photographieren unentbehrlich!

Photo-Apparate und Photo-Arbeiten von

Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 6

Bohnerwachs

hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko Wille, Scholz, Hamburg 26, Fach 201/A.

Rotten oder fl. Landhaus

mit ca. 1 Morgen Land von Invaliden zu pachten gesucht. W. Rothenberg, Rottorf i. B. Gladbeckerstraße 355.

22jähr., gesundes, weibl. Mädchen in Kochen, Nähen, Plüsch und sonstigen Hausarbeiten vertraut. 3 Jahre im Pfarrhaus tätig gewesen, sucht

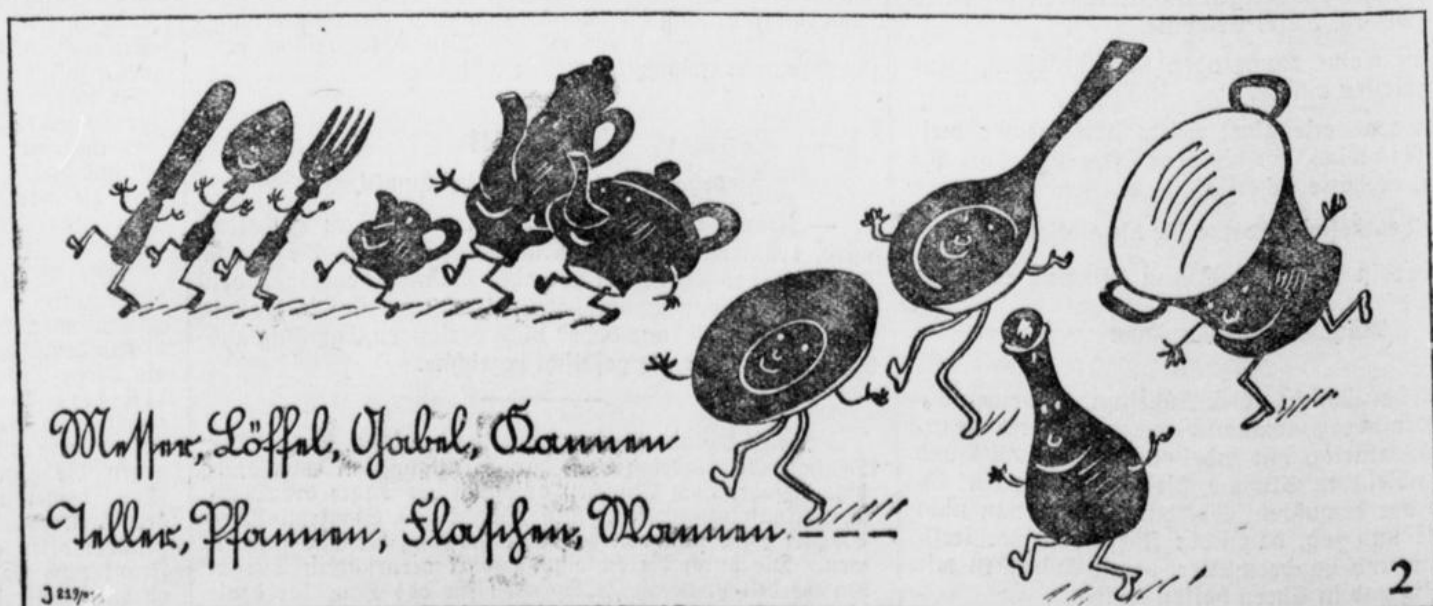
Stellung

nach Westfalen, am liebsten Land oder Kleinstadt.

Elisabeth Kettberg, Wuthenow, Kreis Neuruppin.

Haustochter

Gebild., 22 J., staatl. geprüfte Säuglings- und Kleinkinderchw., Wochenpl., lacht pass. Wirkungskreis als Kameradin der Hausfrau in besserem Haushalt. Geringe Vergütung erwünscht. Bedingung: Mädchen muß vorhanden sein und bei vollem Familienanschluß. Zuschriften erbeten unter A 3563 an die Geschäftsstelle d. Bl.



Müller, Löffel, Jabel, Mann
Teller, Pfannen, Flaschen, Mann